



Bremen, den 8. Dezember 2015

Die Sprecher

Olaf Brandtstaedter Dr. Harry Maretzke
Buddestr. 8/10 Billungstraße 16
28215 Bremen 28759 Bremen

und Burglesumer Bürger

An die
gewählten Mitglieder des
19. Burglesumer Beirates
und den
Ortsamtsleiter des Ortesamtes Burglesum
Florian Boehlke
Hindenburgstraße 61
28717 Bremen
und alle Anwesenden der
Burglesumer Beiratssitzung am 8.12.2015
und Medienvertreter

Bürgerantrag

zur Behandlung von Unterschriftensammlungen in Burglesum und zum Burglesumer Beirat als den Stadtteil vertretendes Gremium

Die Burglesumer Bürger nehmen reges Interesse an der Gemeindeentwicklung ihres Stadtteiles. Das haben sie in der Vergangenheit oft bewiesen. Und auch in der Gegenwart zeigen dies die Burglesumer Bürger und Bürgerinitiativen durch ihr bürgerschaftliches Engagement auf verschiedene Weise.

Fühlen die Burglesumer, dass etwas in die falsche Richtung läuft, dann sammeln sie oft Unterschriften und geben ihrem Bürgerbegehren so gegenüber ihren gewählten Beiratsmitgliedern Ausdruck, oft in Verbindung mit einer Handlungsanweisung.

Zu den folgenden Themen haben sie Unterschriftensammlungen mit Tausend oder sogar mehreren Tausend Unterzeichnern dem Beirat übergeben:

- Keine Bebauung des Heidbergbades: mehrere Tausend Unterschriften
- Kein Bau eines Hotels im Knoop's Park: mehrere Tausend Unterschriften
- Keine Bebauung des Westrand des Knoop's Park: 3.000 Unterschriften
- Keine Schließung des Grambker Seebades: 1.200 Unterschriften

Wir betrachten nun zwei aktuelle Fälle: Im Falle des Grambker Seebades hat der neue, 19. Burglesumer Beirat sich nach dem Engagement der Bürger und der Übergabe der Unterschriftensammlung schnell und direkt engagiert:

Der Burglesumer Ortsamtsleiter schrieb für den Beirat sogar einen Brief an die Finanzsenatorin, in dem er „den Darstellungen der Grünen-Politikerin“, laut Presse-Bericht widersprach¹. Dabei ging es unter anderem um zu hoch veranschlagte Unterhaltungs- und Investitionskosten. Die Finanzsenatorin reagierte positiv, eine Rettung des Seebades scheint nun in Sicht zu kommen.

Im Fall der angedachten Bebauung des Westrand des Knoops Park an der Billungstraße wollen wir vor allem die neuen Beiratsmitglieder im jetzigen 19. Burglesumer Beirat informieren. Unsere Bürgerinitiative hat dem 18. Burglesumer Beirat gegen dieses Vorhaben

2000 Unterschriften in der Beiratssitzung am 9. April 2013 und noch einmal weitere

1000 Unterschriften in der Beiratssitzung am 29. April 2014 übergeben.

Wurden die ersten 2000 Unterschriften noch im entsprechenden Beiratsprotokoll erwähnt, so blieben die weiteren 1000 Unterschriften im Protokoll unerwähnt, man ließ sie einfach unter den Tisch fallen.

Zur Größenordnung und Qualität dieser Unterschriftensammlung:

- Etwa 95% dieser Unterschriften stammen nach genauer Durchsicht aus Bremen-Nord
- Etwa 1.000 Unterschriften stammen von Anliegern des Knoops Park
- 3.000 Unterschriften sind etwa ein Viertel von 12.424, das ist die Zahl derer, die im Mai 2015 in Burglesum noch zur Wahl gingen; bei 25.871 Wahlberechtigten entsprach dies einer Wahlbeteiligung² von 48%.
- 3.000 Unterschriften sind etwas weniger als 4.000, das ist die Zahl, die man an gültigen Stimmen in Bremen zur Zeit für die Zulassung eines Volksbegehrens benötigt.

Bis zum heutigen Tage haben wir vom Burglesumer Beirat auf unsere Unterschriftensammlung keine Reaktion erhalten.

- Weder wurde vom alten, 18. Beirat eine von den 3.000 Unterzeichnern geforderte Planungskonferenz einberufen, um alternative Vorschläge zu einer Bebauung zu prüfen, wie sie etwa im Müller-Glaßl-Gutachten³ angesprochen werden, siehe dazu insbesondere die Planungen des Weiterbilders Bras und unserer BI zum Naherholungsgebiet „St. Magnuser Geest“⁴,
- noch wurde vom Beirat ein Runder Tisch einberufen, wie er es in einem vergleichbaren Fall mit der Bürgerinitiative Lesumer Perspektive unternahm,
- noch wurde vom Beirat eingehend geprüft, ob der Erhalt des Gesamt-Ensembles Knoops Park sich in den Rahmen eines Tourismus-Leitbildes „Parks in Bremen-Nord“ einfügen würde, wie es unter anderem gerade vom Vorsitzenden des Förderverein Knoops Park⁵ und weiteren Gutachten vorgedacht wird,

¹ In: „Ärger über Argumente der Finanzsenatorin“, Die Norddeutsche vom 28.10.2015

² Siehe Amtsblatt Nr. 144 der Freien Hansestadt Bremen vom 22. Juni 2015, Seite 599

³ Zu finden unter www.gruenes-sankt-magnus.de, >Dokumente 1., siehe etwa die Seiten 27, 29, 30, 45

⁴ Zu finden unter www.gruenes-sankt-magnus.de, >Aktuelles

⁵ Siehe seinen Vortrag im Lesumer Heimathaus am 13.11.15 und Bericht in „Die Norddeutsche“ vom 18.11.15 „Parks als Aushängeschild“, siehe auch die Gutachten vom durch das vom WFB beauftragte Büro Heinze & Partner und den Artikel „Bremen-Nord neu betrachten“ von den Landschaftsarchitekten P. Schoelkopf und S. Villena-Kirschner im WIR-Magazin 2014, S. 8, siehe auch das Grün- und Freiraumkonzept des SUBV, das dort

- noch hat der Beirat etwas unternommen, um die Bebauung aufzuhalten und die möglichen Parkflächen samt Baumbewuchs zu erhalten,
- noch hat der Beirat uns geantwortet,
- noch hat der Beirat unser Bürgerbegehren gegenüber der Bremischen Politik dargestellt, wir denken hierbei etwa an einen Brief, vergleichbar dem an die Finanzsenatorin zum Erhalt des Grambker Seebades.

Sogar im politischen Bremen hat man diese Dickfelligkeit teilweise mit Unverständnis zur Kenntnis genommen: In der Radio-Sendung „*Nordwestradio unterwegs: Mitreden, mitgestalten – Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung*“⁶, die am 5.12.2013 live aus dem Festsaal der Bremischen Bürgerschaft ausgestrahlt wurde und an der unsere BI teilnahm, sagte der SPD-Staatsrat a. D. und damalige Vorsitzende der Bürgerstiftung Bremen Hans-Christoph Hoppensack zur Unterschriftensammlung unserer BI folgendes:

Hans-Christoph Hoppensack: „Meine Erfahrung ist ja die von Kurt Tucholsky, der hat das mal schön beschrieben: „Is’n Riesen-Unterschied, ob man hinterm Schreitschisch sitzt, oder vor’m Schreibtisch steht.“ Das war noch Preußen, da stand man vorm Schreibtisch, heute sitzt man zwar. Also, ich kann mich noch erinnern, manchmal fällt es mir auch auf’n Fuß, dass mich die Leute erinnern und sagen: „Das hättest Du damals auch besser machen können“. Dann komme ich biblisch und sage: „Alles hat seine Zeit.“ Heute ist irgendwie ‘ne andere Zeit angebrochen. Letzte Woche habe ich, hat jemand, ein Professor aus Lüneburg sehr prägnant gesagt: „Wer heute ohne Bürger plant, der begeht einen Kunstfehler.“ [Hervorhebung BI Grünes St. Magnus] Und ich glaube, es gibt in Bremen viele gute Beispiele von Bürgerbeteiligung. Wir haben eben [in Bezug auf unsere BI] gehört: Es gibt auch suboptimale Beispiele von Bürgerbeteiligung. Also, es muss irgendwie sich noch was tun. Insgesamt meine ich, dass es sich, dass wir feste Regeln brauchen. Um nochmal wieder mit’m Zitat zu kommen: Niklas Luhmann hat gesagt: „Demokratie legitimiert sich durch Verfahren.“ Es muss also irgendwie feste Regeln geben, auf die man sich einstellen kann. Also, wenn die Bürgerinitiative in St. Magnus Unterschriften sammelt und die irgendwo einreicht, muss sicher sein, was, wie man damit umgeht.“

Und an anderer Stelle sagte er:

Hans-Christoph Hoppensack: „Also wenn, wenn Unterschriften gesammelt werden und die bei einem Ortsamt eingegangen, eingereicht werden, muss klar sein, wie man dann damit umgeht. Also es fängt damit an, dass..., dass man z. B. nicht..., in ‘ner..., nach angemessener Zeit ‘ne Antwort bekommt.“ [Hervorhebung BI Grünes St. Magnus]

Fazit: Der durch unsere Bürgerinitiative vorgetragene Bürgerwille mehrerer Tausend Bremen-Norder und Burglesumer muss zunächst einmal vom Beirat **offiziell zur Kenntnis genommen werden**. Unsere BI hat mit ihren zukunftsweisenden Ideen **Wertschätzung** und einen anderen Umgang mit ihr verdient. **Mit der Ungleichbehandlung von Unterschriftensammlungen in Burglesum muss endlich Schluss sein.**

eine soziale und kulturelle Einrichtung vorsieht, zu finden unter www.gruenes-sankt-magnus.de,

>Pressemitteilungen, Pressemitteilung vom 2.11.2015, Anhang 4

⁶ siehe www.radiobremen.de, Sendungsmanuskript im Besitz der BI Grünes St. Magnus, zu finden unter www.gruenes-sankt-magnus.de, >Pressemitteilungen, Pressemitteilung vom 4.4.2014, Anhang 6

Die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus und weitere Burglesumer Bürger beantragen hiermit,

- dass die BI Grünes St. Magnus auf ihre Unterschriftensammlung von 3.000 Unterschriften gegen die Bebauung des Westrand des Knoop's Parks und für ergebnisoffene Planungskonferenzen von den Beiratsmitgliedern des neuen, 19. Burglesumer Beirates eine Reaktion erhält und sie nicht weiter ignoriert wird,

- dass die Beiratsmitglieder des 19. Burglesumer Beirates anerkennen, dass die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus, auch wenn einige Mitglieder als Anwohner Betroffene sind, **auch öffentliche Interessen vertritt**, nämlich die durchaus sinnvolle und mehrfach gutachterlich belegte Erweiterung des Knoop's Park bzw. dessen angemessene Gestaltung als sozialer Ort; dabei erinnern wir daran, dass Burglesum immer mehr soziale Orte und Einrichtungen durch Bebauung und Einsparung verliert, insbesondere nördlich der Lesum, in St. Magnus und Lesum, Beispiele sind

- das Heidbergbad (bebaut),
- das Lidice-Haus (bebaut),
- der Sportplatz Hoher Kamp (bebaut),
- das Schulerweiterungsgelände Grundschule St. Magnus (bebaut),
- bedroht von Bebauung sind der Oeversberg und der nördliche Knoop's Park,
- bedroht von Schließung ist die Begegnungsstätte St. Magnus,

- dass die Beiratsmitglieder des 19. Burglesumer Beirates sich zu den Planungen am Westrand des Knoop's Park **ein wertfreies Meinungsbild erstellen und dabei ihre Aufgabe anerkennen, die Interessen des Ortsteiles sowie der dort wohnenden Bevölkerung zu vertreten**⁷,

(Dabei erinnern wir an Rede und Gegenrede im Nichtständigen Ausschuss, der im September 2014 in Haus Blumenkamp tagte. Ortsamtsleiter Boehlke sagte an diesem Abend: „Ich habe den Auftrag die Bebauung an der Billungstraße durchzuführen, Sie [gemeint war unsere BI] haben eine andere Meinung, das ist eben so in der Demokratie.“

Eine Bürgerin im Publikum sagte daraufhin zu Herrn Boehlke und den anwesenden Beirats- bzw. Ausschussmitgliedern: „Sie müssen sich in erster Linie ihren Bürgern vor Ort verpflichtet fühlen, nicht ihren Parteien und deren Interessen.“)

- dass der 19. Burglesumer Beirat das Bürgerbegehren der Bürger vor Ort mit Unterschriftensammlung und dem Konzept der „St. Magnuser Geest“ durch **Briefe an die Finanzsenatorin und den Bausenator** ihnen gegenüber darstellt,

⁷ Zitiert nach der vom Senat betriebene Internet-Seite www.bremen.de, >Was macht der Beirat im Stadtteil? Siehe auch den Kommentar „Hinhören“ von Michael Brandt in „Die Norddeutsche“ vom 11. Juli 2015. Darin heißt es unter anderem: [...] „Eine Frage von zentraler Bedeutung hat sich in dieser Woche in aber an anderer Stelle gestellt – in Lesum. Dort haben sich mehrere Bürgerinitiativen zusammengetan und einen Bürgerantrag formuliert. Ihre Kernforderung: Wir sind in der Vergangenheit nicht ernst genommen worden, wir wurden nicht beachtet – in dieser Legislaturperiode wollen wir mehr Gehör finden! [...] Unter dem Strich hat das Vertrauen in die Beiräte gelitten. Die Kommunalparlamente werden eben nicht mehr als Vertretung der Bürgerinteressen im Stadtteil angesehen. Die niedrige Wahlbeteiligung und das kontinuierliche Erstarken von Initiativen drücken diesen Vertrauensverlust aus. Für die Beiräte ist es deshalb fast überlebenswichtig, sich über diesen Punkt Gedanken zu machen und Wege zu finden, die Polarisation von Initiativen und Parlamenten wieder aufzuheben.“

- dass das Konzept von Bras und Bürgerinitiative Grünes St. Magnus zu einem Naherholungsraum „St. Magnuser Geest“ vor dem Hintergrund eines Leitbildes „Bremen-Nord und seine Parks“ **erneut geprüft wird und neu bewertet wird**, auch unter möglicher Hinzuziehung von behördlichen Stellen,

- dass der 19. Burglesumer Beirat zur Kenntnis nimmt, dass ein vergangener Burglesumer Beirat Tausende von Unterschriften gegen die Bebauung des Heidbergbades ignorierte und wir heute vor einem Burglesumer Planungsdesaster stehen, unter dem in erster Linie die Anwohner zu leiden haben, aber in zweiter Linie auch alle **jungen Familien**, deren Kindern der beliebte soziale Ort Heidbergbad entzogen wurde.